



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 10./11./18. Dezember 2019

Die Dezembersession ist traditionsgemäss finanzlastig. Kontrovers geht es dabei immer auch bei den «Prämienverbilligungen» zu. Der Kantonsrat legt jährlich fest, wie viel Geld er in den Prämienverbilligungstopf einschiessen möchte. Im Minium liegt dieser Betrag aufgrund der gesetzlichen Vorgabe bei 72 Mio. Franken (im 2020). Die Finanzkommission (FIKO) stellte den Antrag, den Betrag um 10 Mio. Franken zu erhöhen. Damit wäre mehr Geld zur Verfügung gestanden, um Personen, welche überproportional von den hohen Krankenkassenprämien betroffen sind, zu entlasten. Die Mehrheit (56:39) lehnte diesen Antrag aber ab. Die Sorge um das Budget war grösser als die Sorge um die Familien und die Personen mit kleineren Einkommen.

Überwiesen wurde ein FIKO-Auftrag, welcher eine **zusätzliche Entlastung der tieferen und mittleren Einkommen** verlangt. Dieses Ziel vertreten nach eigenen Aussagen grundsätzlich alle Parteien, einzig über das Ausmass und über die Umsetzung gibt es offenbar noch gewisse Differenzen, wie dies die Diskussionen um die Prämienverbilligungen zeigten. Der FIKO-Auftrag aber war unbestritten. Nachdem das Jahr 2019 von der Steuerreform bei den juristischen Personen geprägt war, so dürfte im Jahr 2020 eine mittlere Reform im Bereich der natürlichen Personen anstehen. Denn: Aktuell sind dazu drei Aufträge pendent. Eben jener FIKO-Auftrag (welcher von Ausfällen für Kanton und Gemeinden von bis zu 30 Mio. Franken ausgeht), ein Auftrag der SP, welcher eine Annäherung der kleinen und mittleren Einkommen an den schweizerischen Durchschnitt vorsieht (Ausfall noch nicht bekannt, dürfte aber gefühlsmässig irgendwo zwischen 50 bis 100 Mio. Franken liegen), und dann noch eine Volksinitiative, welche für alle Einkommensklassen die Angleichung an das schweizerische Mittel verlangt (Steuerausfälle nach ersten groben Berechnungen zwischen 300 und 400 Mio. Franken).

Genehmigt wurde das **Budget 2020**. Für einmal waren hier die Diskussionen relativ lau. Nur bei wenigen Punkten gab es Diskussionsbedarf. Änderungs-, sprich Kürzungsanträge, wurden aber alle abgelehnt und somit erhielt das Budget gemäss Regierungs- und FIKO-Vorgabe die Zustimmung, welches ein kleines Defizit von rund 10 Mio. Franken vorsieht. Der Hauptgrund dafür liegt in der geplanten Umsetzung der kantonalen Steuervorlage, welche zu Mindereinnahmen bei den Steuern führt. Gegenfinanzierungen sorgen dabei zumindest für eine gewisse Entlastung.

Ein aus finanzieller Sicht grosser Brocken war die Diskussion um die geplante **Sanierung der Passwangstrasse**. Hier wurde ein Kredit von 25 Mio. Franken gesprochen. Es wurde dazu gar ein Rückweisungsantrag gestellt, welcher verhältnismässig knapp mit 51:34 (10 Enthaltungen) abgelehnt wurde. Dies drückte die Unzufriedenheit zu diesem Geschäft aus.

Die **Motorfahrzeugkontrolle (MFK) Olten** kommt in die Jahre und an ihre Grenzen, deshalb musste eine neue Lösung gesucht werden. Die MFK soll sich zukünftig in Wangen bei der BOGG (Busbetriebe Olten-Gösgen-Gäu) einmieten. Dies ist eine Win-Win-Situation: Tagsüber kann die MFK die leeren Gebäude nutzen, am Abend werden dann die Busse der BOGG dort stehen. Diese Lösung ist daher deutlich günstiger, als wenn ein komplett neues Gebäude gebaut oder das bestehende Gebäude saniert und ausgebaut werden müsste. Das Geschäft stiess daher auf viel positive Resonanz und war unbestritten. Für das bestehende Gebäude in Olten ist man mit Interessenten für einen Verkauf im Gespräch.

Im Dezember wird jeweils das **neue Präsidium** für das neue Jahr gewählt. Als Präsident wurde Daniel Urech (Grüne), als 1. Vize Hugo Schumacher (SVP) und als 2. Vize Nadine Vögeli (SP) gewählt. Herzliche Gratulation!

*André Wyss*

[www.evp-so.ch](http://www.evp-so.ch) | [www.andrewyss.ch](http://www.andrewyss.ch)

### Persönlich

Eingesetzt habe ich mich für einen höheren Beitrag in den **Prämienverbilligungstopf**. Damit wären Familien und tiefere Einkommen zusätzlich entlastet worden. Dass das Problem der hohen Gesundheitskosten primär an der Wurzel angepackt werden sollte, darin war man sich einig. Allerdings vertrete ich die Auffassung, dass die betroffenen Personen nicht warten können, bis die Politik hier endlich Lösungen gefunden hat. Sie brauchen jetzt eine Entlastung. Deshalb unterstützte den Antrag sowohl in der FIKO wie auch dann im Kantonsrat.

Neu eingereicht habe ich eine Interpellation mit dem Titel «**Steuervergünstigungen**». Dabei soll im Zusammenhang mit den geplanten Steuersenkungen bei den natürlichen Personen eruiert werden, welche Steuererleichterungen welche Effekte erzielen und als Folge, welche wirklich zielführend sind.